

„Die Euro-Krise ist ein heilsamer Prozess“

Interview. Politik, Unternehmen und Bürger können aus der Schuldenkrise durchaus gestärkt hervorgehen, glaubt Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Die Euro-Krise beherrscht große Teile der Öffentlichkeit. Ist das angemessen angesichts von so gravierenden Problemen wie Überbevölkerung, Hunger oder Klimawandel?

Bei der Währung hört die Freundschaft auf, so wie beim Geld auch. Deshalb ist jede politische Instabilität im Umfeld der Währungspolitik von besonderer Bedeutung. Das gilt

unabhängig von den zu Recht angesprochenen langfristig wichtigen Themen wie der Demografie, der Ressourcenschonung oder der Klimapolitik.

Langfristig spielt eine Währungs-krise also gar keine Rolle?

Doch, denn wenn es mit dem Euro in die Hose geht, braucht es Jahrzehnte, um den Vertrauensverlust

wieder auszugleichen. Eine Volkswirtschaft lebt nun mal von einem funktionsfähigen Liquiditätskreislauf mit einer glaubwürdigen Währung. Meines Erachtens haben wir auch gar keine Euro-Krise, sondern eine Krise der politischen Akteure in dieser Währungsunion. Ich glaube allerdings, dass die Beschlüsse des EU-Gipfels vom 8. und 9. Dezember 2011 eine gewisse Entkrampfung herbeigeführt haben.

Dennoch hat man den Eindruck, dass die Politik seit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank im Jahr 2008 von den Ereignissen an den Finanzmärkten getrieben wird.

Es ist ja nicht so, dass sich Regierungen und Ministerien immer nur mit Krisenpolitik beschäftigen. Parallel arbeiten die einzelnen Ministerien natürlich an den Herausforderungen ihrer Ressorts – das Familienministerium beispielsweise an der Frage des demografischen Wandels oder des bürgerschaftlichen Engagements. Die Kunst ist es, die unvermeidbare kurzfristige Krisenpolitik zu betreiben und gleichzeitig →



Inhalt

Weltwirtschaft. Trotz einiger sehr skeptischer Stimmen bleibt die globale Konjunktur 2012 nach den bisherigen Prognosen auf Wachstumskurs. Allerdings entwickeln sich die einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich.
Seite 4-5

IW-Verbandsfrage 2012. Obwohl Euro- und Finanzkrise die Stimmung trüben, sehen viele Wirtschaftsverbände ihre Unternehmen auf einem guten Weg. Produktion und Umsatz dürften 2012 meist leicht zulegen und die Beschäftigung bleibt stabil.
Seite 6-7

Tarifverhandlungen. In den kommenden Monaten stehen in mehreren Branchen schwierige Tarifverhandlungen an. Denn die wirtschaftliche Entwicklung ist derzeit besonders risikobehaftet.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



→ langfristige Themen wie die Ressourcensicherung oder die Klimapolitik, die ohnehin innerhalb globaler Verhandlungsprozesse gestaltet wird, voranzutreiben.

Angesichts der permanenten Feuerwehreinsätze, die die Finanzkrise nach sich zieht, fragen sich immer mehr Menschen, ob unsere Wirtschaftsordnung noch die richtige ist.

Es gibt jenseits der Grundsatzentscheidung zwischen Markt- und Planwirtschaft nicht die eine Wirtschaftsordnung, die bis in alle Ewigkeit die richtigen Antworten auf sämtliche Fragen liefert. Wirtschaftsordnungen unterliegen Lernprozessen, sie verändern sich. Und auch heute müssen wir auf die Finanzkrise lernend reagieren. Wir müssen eine Antwort finden auf die Frage, wie eine angemessene Finanzmarktregulierung und -aufsicht zu organisieren ist.

Am System würde das allerdings nichts ändern – dabei richtet sich die Kritik doch gerade gegen Ordnungssysteme, die sich ausschließlich dem

„Immer mehr, immer weiter so“ verschrieben haben. Ein Planet, dessen Ressourcen endlich sind, kann aber nicht ewig auf Wachstum setzen.

Wachstumskritik ist ja nichts Neues. Der Wachstumsbegriff hat das Problem, dass er unterstellt, dass Wachstum immer das Gleiche beschreibt. Aber das, was heute hergestellt und konsumiert wird, ist ja etwas völlig anderes als vor 30 Jahren – mit einem ganz anderen Energieeinsatz und mit einem völlig anderen Ressourceneinsatz. Insofern reagieren wir bereits laufend auf sich verändernde Knappheiten.

Landen wir also irgendwann doch in einer stationären Wirtschaft?

Das Bild einer stationären Wirtschaft ist das Bild einer fantasielosen Welt.

Das müssen Sie erklären.

Fortschritt findet ja nicht nur statt, indem der Schwarz-Weiß-Fernseher durch einen Farbfernseher ersetzt wird, sondern auch durch neue Dienstleistungen oder medizinisch-technischen Fortschritt. Wachstum

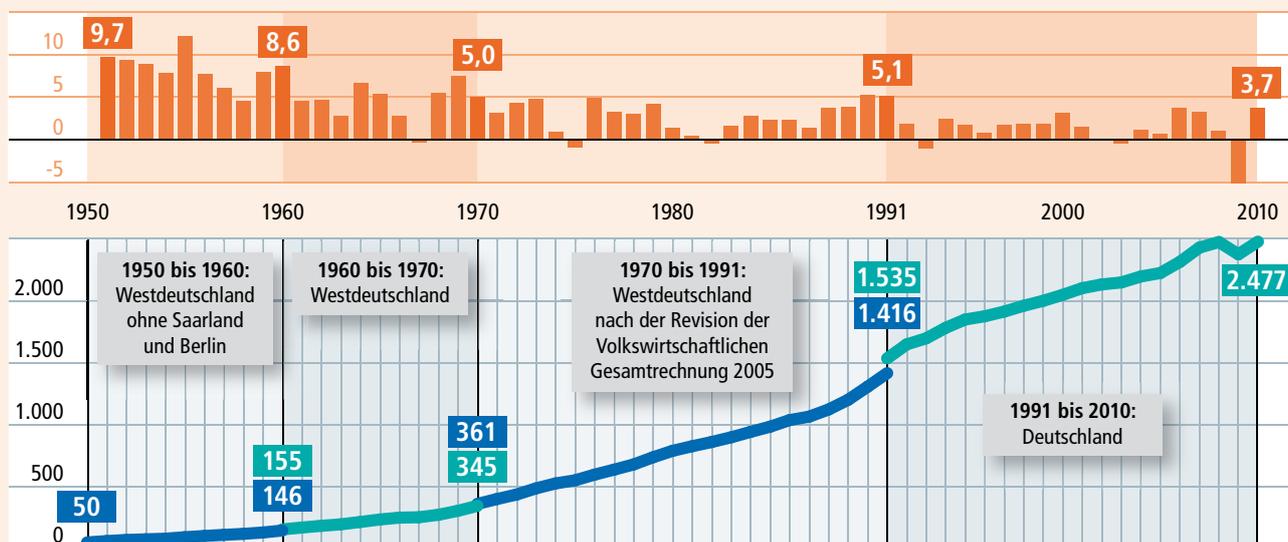


Professor Michael Hüther ist seit Juli 2004 Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Zuvor war er Chefvolkswirt der DekaBank in Frankfurt. Seit 2001 lehrt er außerdem als Honorarprofessor an der European Business School.

darf man ordnungspolitisch außerdem nicht vom Ergebnis her bewerten, sondern von der Ermöglichung. Ermöglichung von Wachstum heißt, dass man in einer freiheitlichen Ordnung jeden Tag entscheiden kann, etwas anders zu machen als bisher. Sie können jeden Tag eine neue Idee haben und umsetzen – entweder auf eigene Kosten oder mithilfe eines Investors. Der Markt entscheidet dann, ob jemand Erfolg mit seiner Idee hat oder nicht.

Wirtschaftswachstum: Die Zeit der großen Sprünge ist vorbei

■ Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent ■ Bruttoinlandsprodukt in Milliarden Euro



Dann kann auch die Wirtschaft in Deutschland weiter wachsen?

Gerade in Deutschland, weil Deutschland zeigt, dass auch ein Land mit einem hohen Industrieanteil hocheffizient sein kann.

Die Schuldenkrise zwingt aber sehr viele Staaten, massiv zu sparen. Und auch die Bürger werden – nicht nur in Griechenland – deutlich weniger verdienen. Wer soll dann all die schönen deutschen Produkte kaufen?

Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien sind keine großen Importeure deutscher Waren. Der Anteil Deutschlands an der Handelsbilanz in diesen Ländern ist in den vergangenen zehn Jahren mehr oder weniger stabil gewesen, teils sogar leicht rückläufig.

Dass einige südeuropäische Länder massiv sparen müssen, ist unvermeidbar. Vor allem Griechenland und Portugal haben sich in den vergangenen Jahren einen Konsum geleistet, der nicht ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprach. Das muss korrigiert werden. Es muss z. B. eine Anpassung bei den Lohnstückkosten geben: In Portugal, Spanien und Griechenland sind die Lohnstückkosten seit dem Jahr 2000 im Schnitt um 35 Prozent gestiegen, in Deutschland nur um 7 Prozent. Diese Lücke steht für einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und das kann so nicht weitergehen.

Mit einer gemeinsamen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik wäre es aber gar nicht erst so weit gekommen ...

Das ist das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen: Der Euro ist die gemeinsame Währung mehrerer Länder. Diese Länder können den Euro folglich nicht selbst drucken, das kann nur die Europäische Zentralbank. Gleichzeitig ist Europa



dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet, das bedeutet: Jede Aufgabe wird von der niedrigsten politischen Ebene gelöst, die dazu in der Lage ist. Diesen Gedanken wird man nicht aufgeben, insofern kommt man hier sehr schnell an Grenzen der Veränderbarkeit.

Die Euro-Krise wird also keine echten Veränderungen herbeiführen?

Doch. Ich halte die Euro-Krise für einen heilsamen Prozess: Viele Länder sind mit ihrem Fehlverhalten lange Jahre durchgekommen, aber jetzt ist deutlich geworden, dass das nicht so weitergeht. Wir können bei all den anderen drängenden Problemen wie der Demografie oder dem Klimaschutz nicht nachhaltig sein, wenn wir bei den Finanzen mit laufender Verschuldung agieren.

Was kann die Politik also tun? Wie können die einzelnen Länderregierungen, die ja alle Sparprogramme aufgelegt haben, eine Rezession im eigenen Land verhindern?

Das variiert von Land zu Land. Nehmen wir Italien als Beispiel. Italien ist eigentlich ein reiches Land, die Verschuldung findet dort überwiegend im öffentlichen Sektor statt



und deshalb ist es richtig, die Privaten, also beispielsweise vermögende Haushalte, an der Sanierung des Staates durch Steuererhöhungen zu beteiligen. Gleichzeitig ist eine Politik für mehr Wettbewerb gefragt, um die Dynamik der Unternehmen zu erhöhen. In Portugal kann man das derzeit gut beobachten: Dort hat der stärkere Wettbewerb schon dazu geführt, dass sich die exportorientierten Branchen deutlich positiv entwickeln.

Welchen Beitrag kann das politische Europa leisten?

Das Europäische Parlament hat bereits etwas beschlossen, was die Länder entlastet: Die Eigenfinanzierungsanteile bei den Strukturfonds wurden auf 5 Prozent abgesenkt. Ich könnte mir sogar vorstellen, diesen Eigenanteil vorübergehend mal auf null zu senken – solange die Entscheidung über die Mittelverwendung bei der europäischen Behörde bleibt.

Wie bewerten Sie den Euro-Rettungsschirm?

Die Rettungsmechanismen EFSF und ESM signalisieren nicht nur Handlungsfähigkeit, sie füllen auch eine institutionelle Lücke in der Eurozone. Wichtig ist außerdem, dass die Defizitländer eine konsequente Konsolidierung betreiben und alle Euroländer mittels automatischer Sanktionen und Schuldenbremsen zu einer glaubwürdigen Selbstbindung in der Finanzpolitik finden. Die EU-Gipfelbeschlüsse von Anfang Dezember haben dafür bereits den Grundstein gelegt.

Sie glauben also, dass wir in ein, zwei Jahren immer noch mit dem Euro bezahlen werden?

Ich gehe fest davon aus, dass der Euro eine sehr viel längere Zukunft haben wird.

Der dramatische Absturz bleibt

Weltwirtschaft. Zwar gibt es immer wieder Stimmen, die der Schwarzmalerei nicht müde werden. Doch insgesamt bleibt die globale Konjunktur 2012 nach den bisherigen Prognosen auf Wachstumskurs. Allerdings entwickeln sich die einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich.

Christine Lagarde, Direktorin des Internationalen Währungs fonds, warnte vor kurzem, die Weltwirtschaft könnte bald ähnlich stark schrumpfen wie in der großen Depression der 1930er Jahre. Sie dürfte diese dramatischen Worte vor allem

gewählt haben, um die verantwortlichen Regierungen aufzufordern, die Krise konsequent zu bekämpfen. Zwar zeigen die Prognosen ein sich abschwächendes Wachstum an, aber ein Absturz der globalen Konjunktur ist nicht zu befürchten:

Die OECD erwartet für 2012 einen realen Anstieg der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3,4 Prozent – nach 3,8 Prozent im vergangenen Jahr.

Beim Welthandel reicht es nach einem realen Zuwachs von nahezu 13 Prozent im Jahr 2010 und knapp 7 Prozent 2011 dieses Jahr wohl nur für ein Plus von etwa 5 Prozent.

Dass es nicht noch schlimmer kommt, ist vornehmlich der hohen Güternachfrage der Schwellenländer

Die Weltwirtschaft schwächelt



Bevölkerung
2010 in Millionen



BIP je Einwohner
2010 in Dollar,
um Kaufkraftunterschiede bereinigt

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
■ 2010 ■ 2011 ■ 2012

Verbraucherpreise

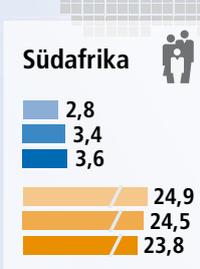
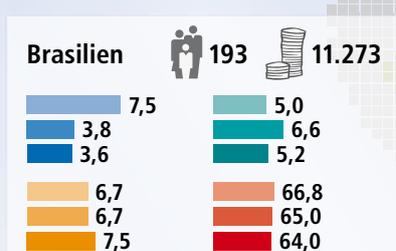
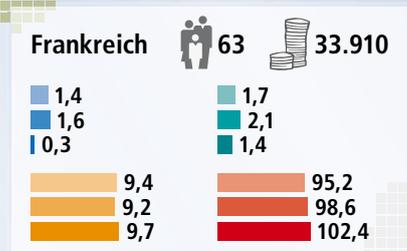
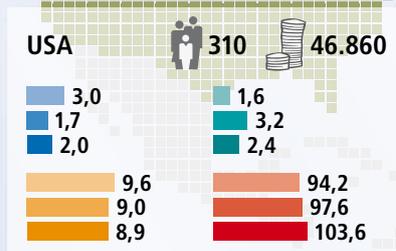
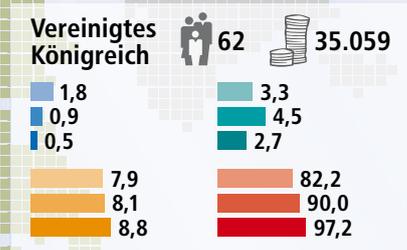
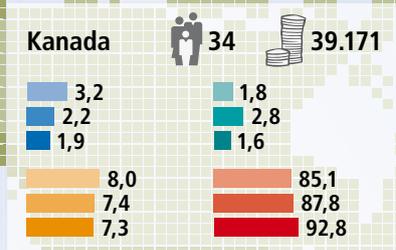
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
■ 2010 ■ 2011 ■ 2012

Arbeitslosenquote

in Prozent
■ 2010 ■ 2011 ■ 2012

Schuldenstand

in Prozent des BIP
■ 2010 ■ 2011 ■ 2012



aus

zu verdanken. Auch andere Indikatoren zeigen große Unterschiede zwischen den Regionen (Grafik):

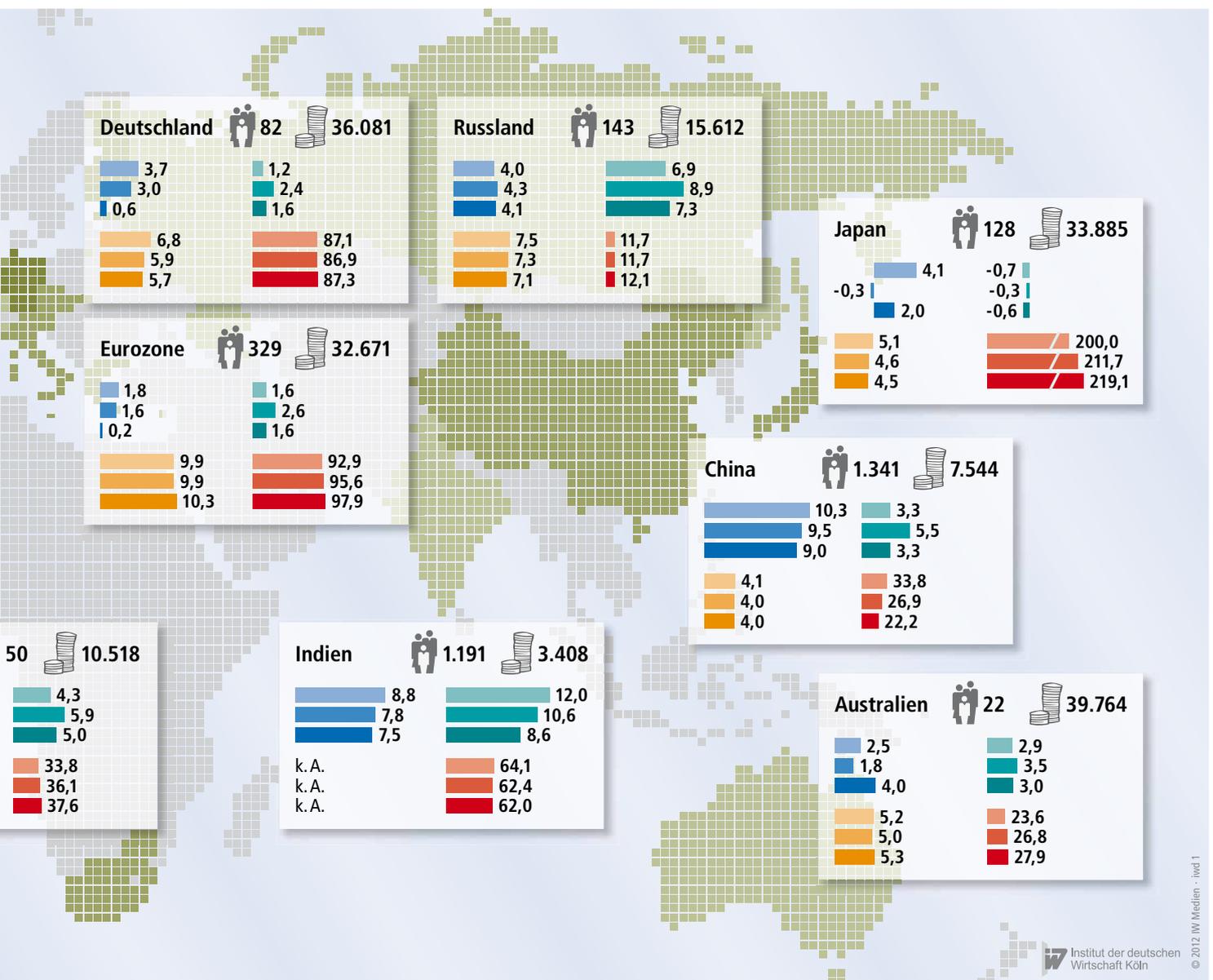
- **Inflation.** Weil sich die Konjunktur abschwächt, bleibt der Preisanstieg in den Industrieländern 2012 moderat. So dürften die Verbraucherpreise in der Eurozone im Schnitt nur um 1½ Prozent steigen, in den USA um 2½ Prozent. In vielen Schwellenländern ist die Inflationsrate jedoch deutlich höher.

- **Arbeitsmarkt.** Gerade in den Industriestaaten sind die Beschäftigungsperspektiven eher trübe. Die USA und Großbritannien beispielsweise haben mit sehr hohen Arbeitslosenquoten von fast 9 Prozent zu kämpfen. Und in den Euroländern steigt die Quote im Schnitt voraussichtlich auf mehr als 10 Prozent.

- **Staatsverschuldung.** Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht den Industrieländern weiterhin zu schaf-

fen: In den Eurostaaten sowie in Großbritannien dürfte die Verschuldung 2012 auf fast 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, in den USA sogar darüber.

Doch längst nicht überall auf der Welt ist die Lage so kritisch: China zum Beispiel kann seine ohnehin geringe Schuldenlast voraussichtlich sogar weiter reduzieren und Russland sein Schuldenniveau bei niedrigen 12 Prozent des BIP halten.



Stabile Verhältnisse

IW-Verbandsumfrage 2012. Auch wenn Euro- und Finanzkrise die Stimmung trüben, sehen viele Wirtschaftsverbände ihre Unternehmen auf einem guten Weg. Produktion und Umsatz dürften in vielen Branchen 2012 leicht zulegen, und auch bei der Beschäftigung stehen die Zeichen auf Stabilität.

Die Auswirkungen der gravierenden Schuldenprobleme vieler Industrieländer gehen auch an den Unternehmen in Deutschland nicht spurlos vorüber – wie die Ergebnisse der diesjährigen Verbandsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigen (Grafik).

So geben 23 der 46 befragten Wirtschaftsverbände an, die Stimmung in ihren Mitgliedsunternehmen sei derzeit schlechter als vor einem Jahr.

Dennoch malt die Umfrage ein positiveres Bild, als man angesichts der zuletzt drastisch gesunkenen Wachstumsprognosen erwarten durfte. Denn für 2012 sind viele Branchen eher zuversichtlich:

Immerhin 26 von 46 Verbänden gehen für das kommende Jahr von etwas höheren Umsätzen bzw. Produktionszahlen als 2011 aus.

Hinsichtlich der Investitionen und der Beschäftigtenzahlen rechnet die Mehrzahl der Branchen – 29 bzw. 31 – zumindest mit gleichbleibenden Werten.

Allerdings beurteilen die einzelnen Bereiche die Aussichten recht unterschiedlich. Einige Beispiele:

- **Energiewirtschaft.** Die Atomkatastrophe in Japan hat die Branche kräftig durchgerüttelt. Weil Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, müssen die Unternehmen tief in die Investitionstasche greifen. Aufgrund des politischen Kurswechsels gilt es, die erneuerbaren Energien auszubauen und die Stromnetze sowie die

konventionellen Kraftwerkskapazitäten zu modernisieren und zu erweitern. Allerdings legen die Umsätze der Energieversorger unterm Strich wohl geringfügig zu.

- **Bauwirtschaft.** Nach schwachen Jahren erwartet die Branche für 2012 einen leichten Aufwärtstrend. Zwar dürfte sich der öffentliche Bau schwächer entwickeln, weil die nach der Krise von 2008 aufgelegten Konjunkturprogramme ausgelaufen sind. Doch beim Wohnungsbau und bei den Bauleistungen für die Wirtschaft sieht die Branche noch Potenzial.

- **Handwerk.** Die Lage der meist mittelständischen Handwerksbetriebe ist robust. Weil Firmenkunden sowie private Haushalte wieder mehr Geld für Handwerksleistungen ausgeben – nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Bautätigkeit – und die Auslandsnachfrage hoch bleibt, kann die Branche bestenfalls sogar mit einem Umsatzplus von 2 Prozent rechnen. Fast 90 Prozent der Betriebe gehen von einem guten oder zufriedenstellenden Jahr aus.

- **Banken.** Ihre Erwartungen für 2012 sind nicht allzu rosig. Die schwächere Konjunktur lässt die Kreditnachfrage sinken. Zudem stehen den Sparkassen und Geschäftsbanken zusätzliche Belastungen infolge der Finanzkrise ins Haus, etwa weil die Geldhäuser ihre Eigenkapitalbasis stärken müssen. Zugleich schmälert der starke Wettbewerb in der Branche die Gewinnmargen.

IW-Verbandsumfrage 2012



Wirtschaftszweig
1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. HDE-Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Werbewirtschaft
46. Immobilien
Insgesamt

1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine Stimmungslage in den Unternehmen Ihrer Branche gegenüber dem Jahreswechsel 2010/2011?

2. Welches Produktions-, preisbereinigtes Umsatz- bzw. Geschäftsergebnis erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2012 im Vergleich zu 2011?

3. Wie werden sich die Investitionen 2012 im Vergleich zu 2011 in Ihrer Branche voraussichtlich entwickeln?

4. Wie wird sich die Zahl der Beschäftigten 2012 im Vergleich zu 2011 in Ihrer Branche voraussichtlich entwickeln?

1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine Stimmungslage in den Unternehmen Ihrer Branche gegenüber dem Jahreswechsel 2010/2011?			2. Welches Produktions-, preisbereinigtes Umsatz- bzw. Geschäftsergebnis erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2012 im Vergleich zu 2011?					3. Wie werden sich die Investitionen 2012 im Vergleich zu 2011 in Ihrer Branche voraussichtlich entwickeln?			4. Wie wird sich die Zahl der Beschäftigten 2012 im Vergleich zu 2011 in Ihrer Branche voraussichtlich entwickeln?		
besser	genauso	schlechter	wesentlich höher	etwas höher	gleichbleibend	etwas niedriger	wesentlich niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
	○	-		+	○			+	○	-		○	
		-		+		-		+	○			○	-
		-		+		-		+	○			○	
		-		+	○			+	○	-		○	
		-		+				+	○			○	
+	○			+				+	○			○	-
+		-		+				+	○			○	
+				+				+	○		+	○	
	○			+				+	○		+	○	
	○			+	○			+	○			○	-
		-		+				+	○	-		○	
		-		+		-			○			○	
	○	-		+	○				○	-		○	
		-		+	○				○			○	
		-		+	○				○	-		○	-
+				+				+	○			○	-
+				+		-			○		+	○	
+				+					○			○	
	○			+					○			○	
		-		+	○				○	-		○	
		-		+					○		+	○	
		-		+					○			○	-
		-		+					○			○	-
	○			+					○	-		○	
	○			+	○			+	○		+	○	
	○			+				+	○			○	
	○			+					○		+	○	
		-							○			○	
		-							○			○	
11	12	23	0	26	9	11	0	7	29	10	7	31	8

Schwieriges Jahr

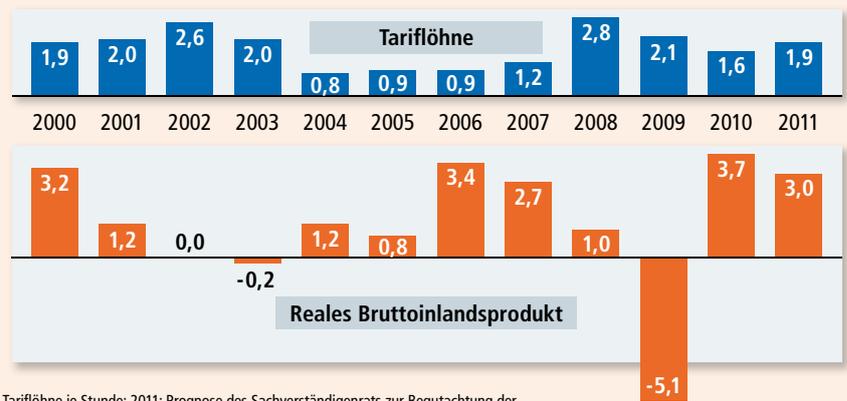
Tarifverhandlungen. In den kommenden Monaten stehen in mehreren Branchen schwierige Tarifverhandlungen an – schwierig, weil die wirtschaftliche Entwicklung derzeit besonders risikobehaftet ist und dies den Verhandlungsspielraum eingrenzt.

Eigentlich sieht es für die deutsche Wirtschaft momentan ganz gut aus. Nach zwei Jahren mit kräftigem realen Wachstum – 3,7 Prozent 2010 und rund 3 Prozent im vergangenen Jahr – hat sie die Krise hinter sich gelassen; allerdings ist sie auch kaum weiter. Denn das Wachstum hat im Wesentlichen nur den vorherigen Einbruch ausgeglichen: Im Jahr 2009 war die Wirtschaftsleistung um mehr als 5 Prozent geschrumpft.

Zudem sind die Aussichten für die kommenden Monate nicht gerade rosig. Denn die Konjunktur hat sich inzwischen spürbar abgekühlt (vgl. Seite 6-7). Für das Jahr 2012 erwarten Konjunkturforscher nur noch ein

Löhne: Selbst in der Rezession gestiegen

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Tariflöhne je Stunde; 2011: Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Quellen: Deutsche Bundesbank, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 iw Medien - IwD 1

preisbereinigtes Wachstum zwischen 0,5 und 1 Prozent.

Die bei Bund und Kommunen, im Bankgewerbe, in der Metall- und Elektro-Industrie sowie in der Chemie anstehenden Tarifverhandlungen fallen damit in eine Phase wachsender konjunktureller Risiken.

Um auf der sicheren Seite zu stehen und nicht durch überzogene Abschlüsse Arbeitsplätze zu gefährden, sollte sich die Lohnpolitik am mittelfristigen Produktivitätszuwachs orientieren. Nur auf diese Weise können die Tarifpartner dafür sorgen, dass die Lohnstückkosten stabil bleiben.

Wer meint, es sei noch ein über das Produktivitätswachstum hinausgehender Teuerungsausgleich drin, der übersieht, dass bei einer sich abschwächenden Auslandsnachfrage die Preisüberwälzungsspielräume – vor allem in der Exportindustrie – gering sind.

Ein von einigen Beobachtern propagierter Nachholbedarf besteht ohnehin nicht, wie der Blick auf die Tariflohnentwicklung zeigt (Grafik).

Im Krisenjahr 2009 stiegen die Tariflöhne je Stunde immerhin noch um 2,1 Prozent, nachdem sie im Boom 2008 um fast 3 Prozent zugelegt hatten.

Auch in den Aufholjahren 2010 und 2011 gab es Lohnzuwächse.

Laut Statistischem Bundesamt sind die Reallöhne zuletzt ebenfalls gestiegen. Die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer wuchsen 2010 und 2011 (im Schnitt der ersten drei Quartale) um jeweils 1,5 Prozent.

Diese positive Reallohnentwicklung könnte anhalten, da sich die Teuerung bei abschwächender Konjunktur voraussichtlich nicht weiter beschleunigt. Dies stabilisiert ebenso wie die gute Beschäftigungsentwicklung die private Konsumnachfrage.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische
Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.